Nr. 130 a
XVIII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
12. März 1899

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

41. Sitzung vom 11. März, 11 Uhr.

Am Regierungstische: Dr. Bosse und Kommissare.

Präsident v. Kröcher eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen.

Die zweite Berathung des Etats wird fortgesetzt bei den dauernden Ausgaben des Kultusetats.

In Verbindung mit dem Kultusetat wird der zweite Nachtrag zum Normaletat vom 4. Mai 1892 betreffend die Besoldungen der Leiter und Lehrer der höheren Unterrichtsanstalten und die Uebersicht über die Durchführung der neuen Besoldungsordnung für die Universitätsprofessoren berathen.

Beim Kapitel „Evangelische Konsistorien" spricht

Abg. Lotichius (natl.)

seine Befriedigung darüber aus, daß jetzt die Stelle eines Direktors am Hauptamt des Konsistoriums in Wiesbaden in den Etat eingestellt sei.

Eine Reihe von Kapiteln wird ohne Erörterung genehmigt.

Zu Kapitel „Bisthümer" bemerkt auf eine Beschwerde des Abg. Dauzenberg (Ctr.), daß für das Bisthum Köln zu wenig geschehen sei,

Ein Regierungskommissar,

daß die staatliche Unterstützung zur Aufbesserung der Gehälter der Geistlichen nicht eine Leistung rechtlicher Verpflichtung, sondern lediglich eine freiwillige Unterstützung sei. Von diesem Standpunkte abzugehen, liege für die Staatsregierung keine Veranlassung vor. Das würde unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen.

Abg. Mooren (Ctr.)

wünscht eine Theilung der Diözese Köln und die Errichtung eines neuen Bisthums in Aachen mit staatlicher Unterstützung. Das würde der heilige Vater in Rom sehr angenehm berühren.

Abg. Dr. Sattler (natl.):

Die Frage, die Herr Dauzenberg angeregt, ist gestern erledigt worden. Wir haben gezeigt, daß wir entgegenkommend sind. Wenn Herr Mooren die Gründung eines Bisthums Aachen anregt, so ist er hier nicht einmal ein Antrag dazu gestellt worden. Daß eine solche Eingabe in Rom angenehm berühren würde, mag sein; danach zu urtheilen hat aber der Staat gar keinen Anlaß.

Nach weiteren Bemerkungen der Centrumsabgeordneten Dittrich, Brandenburg, Freiherrn v. Eynatten erwiedert

Minister Dr. Bosse:

Ich habe kein Bedenken, das Material in der Frage der konfessionellen Friedhöfe im Rheinland den Herren vom Centrum zur Verfügung zu stellen. Im Gegentheil, es ist mir das erwünscht. Sie werden daraus ersehen, daß wir uns keine Mühe haben verdrießen lassen, die Sache zu erledigen. Wir bemühen uns, die Angelegenheit einem gedeihlichen Abschluß zu bringen. Ob ein Entwurf dabei herauskommt, kann ich heute noch nicht sagen.

Abg. v. Eynern (natl.):

Diese Anträge des Centrums schaffen fortgesetzt Beunruhigung unter der rheinischen Bevölkerung. Ich bitte den Minister, sie endlich für alle Mal von der Hand zu weisen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Pleß (Ctr.) und Schaffels (natl.) wird das Kapitel bewilligt. Desgleichen eine Reihe weiterer Kapitel.

Das Kapitel „Altkatholische Geistliche und Kirchen 54,000 Mark" Antrag der Kommission (Berichterstatter Abg. Jürgensen) 6000 Mark zu ermäßigen.

Kultusminister Dr. Bosse:

Es ist kein Zweifel, daß die altkatholische Kirchengemeinschaft die Hoffnungen, die sie selbst und Andere bei ihrer Entstehung hegten, nicht erfüllt hat. Sie kann nur noch durch die Hilfe des Staates hier existiren. (Hört, hört!) Wir fordern hier keine eigentliche Dotation für die altkatholische Kirche, aber ich meine, wir können nicht eine religiöse Gemeinde als existirend und existenzfähig anerkennen und ihr gleichzeitig die in so bescheidenem Umfange geforderten Mittel versagen, die sie zu ihrer Fortexistenz nothwendig hat. Wir haben jetzt nur noch einen altkatholischen Professor in Bonn, die altkatholische Kirche muß daher ihre Geistlichen auf andere Weise mit geistlichen Kosten ausbilden. Aus diesem Grunde bitte ich dringend, die Position anzunehmen.

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.):

Meine Freunde sind in dieser Frage nicht einer Meinung. Wir sind im Laufe der Jahre der Meinung geworden, daß die Altkatholiken eine von der katholischen Kirchengemeinschaft vollständig losgelöste Kirchengemeinschaft sind. Wir hatten die Wünsche der Altkatholiken für völlig korrekt, aber wir können eine Frage von politischer Tragweite nicht mehr darin erblicken. Wenn es andere Herren thun, mögen sie sich aufregen. Ein großer Theil meiner Freunde wird gegen die Position stimmen. Die altkatholische Bewegung hat nicht die Bedeutung bekommen, die man von ihrem kräftigen Einsetzen bei dem deutschen Charakter erwartet hatte. Ferner andere Religionsgemeinschaften gleichfalls mit solchen Forderungen kommen, geben wir hier nach. Ein anderer Theil meiner Freunde ist der Meinung, die altkatholische Meinung ist nun einmal im Staate anerkannt, und deshalb darf ihr auch die geringe Unterstützung nicht entzogen werden. Wollen Sie die Frage durch eine namentliche Abstimmung entscheiden, haben wir nichts dagegen. (Beifall.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Das stärkere Gewicht der Gründe des Vorredners liegt auf seiten der seiner Freunde, die für die Position stimmen. Der Graf Limburg machte bei seinen Ausführungen die Rechnung ohne den Wirth. Herren Dauzenberg und Dasbach und Genossen. Ich kann auch nicht zugeben, daß die Behauptung richtig wäre, die Hoffnungen, die die altkatholische Bewegung geknüpft seien, seien nicht erfüllt. Man ich weiß von derartigen Hoffnungen und Erwartungen nichts. (Unruhe im Centrum und Lachen.) Für unsere grundsätzliche Stellung das aber vollkommen gleichgiltig, für uns entscheidet die Frage des Bedürfnisses. Das ist vorhanden. Denn diese 6000 Mark sind zur Ausbildung von angehenden Geistlichen bestimmt. Solche Mittel wie man nicht verweigern, sie werden den anderen Religionsgemeinschaften stets bewilligt. Jedenfalls liegt in der Ablehnung ein Akt verkehrter Intoleranz. Vom Standpunkt der Billigkeit bitte ich, die Forderung der Regierung zu bewilligen. (Beifall.)

Abg. Dr. Träger (fr. Vp.):

Meine politischen Freunde werden gegen die Regierungsforderung aus Gründen der Parität stimmen. Seit Entstehung der altkatholischen Kirche ist diese Sekte von der Staatsregierung in jeder Beziehung begünstigt worden. Die altkatholische Kirche steht außerhalb der katholischen Kirche, sie ist eine Organisation für sich. (Beifall links.) Die Konfession muß die Ausbildung ihrer Geistlichen bestreiten. Wenn zur Ausbildung protestantischer Geistlichen hier irgend eine Summe bewilligt würde, wäre dann die Regierung geneigt, diesem Antrag zuzustimmen?

Abg. Dr. Porsch (Ctr.)

spricht um Streichung der 6000 Mark. Daß die Altkatholiken eine andere Gemeinschaft seien, ist eine Fiktion, die nur hier aufrecht erhalten wird. Denn wenn es wirklich der Fall wäre, und die Altkatholiken als nicht zur katholischen Kirche gehörig betrachtet würden, könnten wir gegen die Zuschüsse nichts.

Abg. Dr. Barth (fr. Vg.):

Meine Partei tritt durchaus für die Regierungsforderung ein. Es würden unlegitim handeln, wenn wir 48,000 Mark bewilligen könnten, die 6000 Mark aber nicht. 54,000 Mark ist der Mindestbetrag, den die altkatholische Kirche zur Ausbildung ihrer Geistlichen braucht. (Beifall links.)

Die Erörterung schließt.

Die Abstimmung ist auf Antrag des Abg. v. Eynern (natl.) namentlich.

Für die Bewilligung der 6000 Mark stimmen 128, dagegen 135 Abgeordnete, der Stimmabgabe enthielten sich 3 Abgeordnete. Die 6000 Mark sind also abgelehnt.

Für die Bewilligung stimmte ein Theil der Konservativen, die Freikonservativen, die Nationalliberalen und die freisinnige Vereinigung geschlossen, dagegen die freisinnige Volkspartei, das Centrum und die Polen sowie der größere Theil der Konservativen. Der Stimme enthielten sich von der freisinnigen Volkspartei die Abgg. Dr. Crüger, Wintermeyer und Kindler.

Der Rest des Kapitels wird bewilligt, desgleichen einige weitere Positionen.

Es folgt das Kapitel „Universitäten".

Die Kommission (Berichterstatter Abg. Dr. Dittrich) beantragt, die hierzu vorliegende Uebersicht über die Durchführung der neuen Besoldungsordnung für die Universitätsprofessoren durch Kenntnißnahme für erledigt zu erklären.

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Ich bin mit der Durchführung und mit dem im Besoldungssystem angegebenen Ausnahmen einverstanden. Nur ein Punkt hat zu Mißverständnissen Anlaß gegeben, wonach Erwerb aus privater Thätigkeit auf die gesammte Besoldung angerechnet werden soll, so daß eventuell ein Gehalt vom Staate überhaupt nicht zu zahlen sei. Dieses Mißverständniß ist in der Budgetkommission aufgeklärt worden. Es handle sich hier keineswegs um eine private Erwerbsthätigkeit, wie medizinische Praxis und dergleichen, sondern um remuneratorische Besoldung neben der Professur. In diesen Fällen erscheine es aber unbillig, die Remuneration auf das Gesammtgehalt in Anrechnung zu bringen, sie dürfe nur auf die Dienstaltterzulagen in Anrechnung gebracht werden. Die Staatsregierung habe auch ein Entgegenkommen gezeigt, indem sie in der Budgetkommission erklärte, daß in diesen Fällen den betreffenden Professoren das Grundgehalt unter allen Umständen verbleiben und nur die Remuneration auf die Altterszulagen in Anrechnung kommen solle.

Ein Regierungskommissar erwiedert:

Die Wünsche des Abg. Dr. Friedberg entsprechen durchaus den Absichten der Unterrichtsverwaltung. Sie werden so weit wie irgend möglich berücksichtigt werden. Der Vorzug des Besoldungssystems besteht ja gerade darin, daß wir nicht streng daran gebunden sind, sondern Billigkeitsrücksichten walten lassen können. (Beifall.)

Die Denkschrift wird nach dem Antrage der Kommission für erledigt erklärt.

Abg. Dr. Böttinger (natl.):

Eine Vermehrung der Lehrstühle für anorganische Chemie an den Universitäten ist geboten. Die technische Chemie dürfe nicht als Nebensächlich behandelt werden, praktische Laboratorien sind auch an den Universitäten nöthig. Für die technischen Hochschulen ist keine Konkurrenz zu befürchten.

Ministerialdirektor Althoff:

Die Unterrichtsverwaltung ist dem Vorredner für seine Anregung dankbar. Die Fragen werden der ernstesten Erwägung unterzogen, ob wir aber so weit gehen können, wie er es wünscht, bezweifele ich allerdings. Das Gebiet, das er angeschnitten hat, greift übrigens in den Etat des Handelsministeriums über. Jedenfalls aber wird die Angelegenheit gefördert. (Beifall.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.)

fordert die etatsmäßige Anstellung der Pförtner an due Universitätsbibliotheken.

Berichterstatter Abg. Jürgensen

befürwortet den Antrag der Budgetkommission, beim Titel „Zuschuß für die Universität Berlin" den Betrag von 4150 Mark Gehalt und Wohnungsgeldzuschuß „zur Errichtung eines Extraordinariats für Staatswissenschaften" nicht zu bewilligen und demgemäß den Betrag für das Statsjahr 1899 von 2,406,380 Mark zu ermäßigen auf 2,402,230 Mark.

Ministerialdirektor Dr. Althoff

erfucht dringend um Bewilligung dieser Position. Es sei in Berlin eine Lücke auf dem nationalökonomischen Gebiete auszufüllen, insbesondere ist das Gebiet von Handel und Verkehr unvertreten. Das Arbeitsgebiet für diesen Professor wäre recht umfangreich: Handel, Verkehr, Statistik, Handelspolitik, Verkehrswesen, Post und Telegraphie, Seehandel u. s. w. und die Lehre von der Bedeutung der Länder für Seehandel u. s. w. und die Lehre von der Bedeutung der Länder für den Handel. Unseren angehenden Verwaltungsbeamten ist eine Vermittelung der Kenntniß dieser Gebiete sehr wünschenswerth. Dieser Professor ist durchaus nicht blos für die Lehre vom Seehandel bestimmt.

Abg. Dr. Paasche (natl.)

unterstützt die Forderung der Regierung warm. Unsere Marine habe nicht blos die Aufgabe, unsere Küsten zu schützen, sondern auch den Seehandel zu fördern. Das beweise schon die Wichtigkeit dieses Gebietes. Aber damit sei ja die Aufgabe des neuen Professors nicht erschöpft. Hier sei wirklich eine Lücke auszufüllen.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (freik.):

Sowohl für die Richter als für die Verwaltungsbeamten sind staatswissenschaftliche Studien fast unentbehrlich. Ich bitte, das Extraordinariat zu bewilligen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Heydebrand (kons.):

Die Ablehnung der Budgetkommission erklärt sich dadurch, daß man annahm, das Extraordinariat sei auf eine Person zugeschnitten und solle nur dem Seeverkehr dienen. Nach der soeben erhaltenen Aufklärung können wir unsere Ablehnung nicht mehr aufrecht erhalten. (Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. Virchow (fr. Vp., sehr schwer verständlich):

Die wenigen Professoren mit hohem Einkommen erscheinen immer wie ein deus ex machina, wenn die Regierung an Besoldungen sparen will. Viele akademische Lehrer stehen aber recht schlecht; der Mangel an etatsmäßigen Stellen ist unverhältnißmäßig groß. Die Universitätsdebelle bedürfen dringend einer Aufbesserung, sie sind jetzt mit den Hausdienern gleichgestellt. Das Titelwesen an den Universitäten werde ich bei anderer Gelegenheit einer Kritik unterziehen.

Der Antrag der Kommission fällt, die Position wird nach dem Antrage der Regierung genehmigt.

Abg. Rewoldt (freik.)

bemängelt die Einrichtungen der Universität Greifswald.

Abg. v. Pappenheim (kons.)

Die „Deutsche Tageszeitung" erzählte nach einer Angabe der Münchener „Freien Presse", daß ein medizinischer Professor in Breslau selbst schriftlich von sich angegeben hat, daß er acht gesunden Kindern Syphilisserum eingespritzt habe. Ich habe mich übrigens, daß das in der That der Fall ist. Vier von den Kindern blieben gesund, vier sind an Syphilis erkrankt. (Hört, hört!) Der Professor behauptet allerdings, da müßten noch andere Gründe vorgelegen haben. Acht unschuldige Kinder zu diesen Versuchen zu benutzen, die ihr Leben und ihre Gesundheit zerrütteten: ich habe keinen Ausdruck für ein solches Verfahren! (Lebhafte Zustimmung.) Ich hoffe, der Minister wird mit aller Strenge hier einschreiten, damit die Ehre der preußischen Wissenschaft und der preußischen Unterrichtsverwaltung wieder dahin gebracht wird, wohin sie gehört. (Lebhafter Beifall.)

Kultusminister Dr. Bosse:

Die vorgebrachte Klage des Abg. Pappenheim ist von tiefstem Ernst. Als mir die Sache mitgetheilt wurde, habe ich sie sofort aufgenommen und Maßregeln eingeleitet, um Remedur zu schaffen. Ich habe jetzt die Frage der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen vorgelegt. Wenn sich diese Thatsachen bewahrheiten, werden wir einschreiten ohne jede Rücksicht auf die Person und die Ehre der deutschen Wissenschaft wahren, damit solche Vorkommnisse sich nicht wiederholen, daß man Kinder und überhaupt Menschen zu Versuchsmaterial macht in einer Weise, durch die die Gesundheit und das Leben der betreffenden Personen gefährdet wird. Ich verurtheile das auf das Allerentschiedenste. (Lebhafter Beifall.)

Auf eine Beschwerde des Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole) erwiedert

Minister Dr. Bosse:

Dem Ministerium ist schon am 1. Juni 1886 das Recht gegeben, polnische Studentenverbindungen zu verbieten. Von dieser Befugniß glaubte ich Gebrauch machen zu müssen, da die beiden polnischen Studentenvereine, um die es sich hier handelt, polnisch-nationale Bestrebungen pflegt, sich aber nicht an ihre Satzungen und die darin vorgeschriebenen wissenschaftlichen Bestrebungen gehalten haben. Sie standen mit polnischen Agitatoren in Verbindung. Das sind aber Studenten nicht da. (Beifall.)

Abg. v. Heydebrand (kons.):

Für zweckmäßig halten wir die Sonderstellung der polnischen Studentenvereine überhaupt nicht, es wäre angezeigt, wenn sie mit in die deutschen Vereine träten. Das Vorgehen des Ministers kann ich nur billigen. Der Breslauer akademischen Vertretung der Sternkunde fehlt die Möglichkeit, exakte Beobachtungen zu machen. Breslau bedürfe dringend einer nach den Anforderungen der Wissenschaft ausgestatteten Sternwarte.

Geheimer Oberfinanzrath Germar:

Mit astronomischen Professuren sind nicht nothwendig Sternwarten verbunden. Das ist überhaupt nur bei fünf Universitäten der Fall. Eine solche Sternwarte bedingt aber einen erheblichen Mehraufwand.

Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole)

widerspricht der Auffassung des Ministers, als ob ein Grund zur Auflösung eines landsmannschaftlichen Vereins vorliege, wenn seine Mitglieder sich mit der Geschichte ihres Stammes befassten. Träten die Polen deutschen Vereinen bei, würde es heißen, sie versuchten, zu polonisiren.

Minister Dr. Bosse:

Ich glaube, daß ich mit der Auflösung der polnischen Studentenvereine recht gehandelt habe. Diese Vereine haben sich mit Dingen befaßt, die hart daran streifen, verbrecherisch zu werden. (Sehr richtig! rechts.) Sie haben mit bekannten polnischen Agitatoren in dauerndem Konnex gestanden. Das polnische Element ist immer das aggressive. Nimmt man der Regierung die kindliche Harmlosigkeit zu, eine solche Agitation von Studenten zu dulden? Ich glaube, die jungen Leute werden, wenn sie älter und nüchterner geworden sind, uns dafür nur dankbar sein. (Beifall rechts.)

Die Abgg. Schröder und Jazdzewski (Polen) treten nochmals mit warmen Worten für die polnischen Vereine ein.

Abg. Dr. Sattler (natl.):

Es ist etwas naiv von den Herren Polen, von einem preußischen Staatsminister Mittel und Wege zu verlangen, wodurch die polnische Agitation gestärkt werden soll! Wie behandelt man denn im Auslande solche staatsfeindliche Agitation? Sehen Sie nach Frankreich! Die fast harmlose italienische Agitation wird aufs Schärfste unterdrückt, die italienischen Blätter, zum Beispiel „Il Premiero", einfach verboten.

Abg. v. Heydebrand (kons.)

weist wiederum darauf hin, daß die Sternwarte und die astronomische Professur in Breslau nicht genügen.

Die Erörterung wird geschlossen und der Titel bewilligt.

Beim Kapitel „Zuschuß für die Universität Kiel" wünscht

Abg. Dr. Barth (fr. Vg.)

eine reichere Dotation des landwirthschaftlichen Institutes an der Universität Kiel und die Errichtung eines Lehrstuhls für die Thiermedizin. Charakteristisch ist, daß die Landwirthschaftskammer von Schleswig-Holstein kein Bedürfniß anerkannt hat. Für Schutzzölle aller Art ist man da zu haben, aber für wissenschaftliche Bestrebungen hat man keinen Sinn.

Ein Regierungskommissar

erwiedert: Das landwirthschaftliche Institut ist allerdings, verglichen mit anderen Instituten, klein und zurückgeblieben. Das ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß die landwirthschaftlichen Kreise in Schleswig-Holstein auf die weitere Ausgestaltung dieses Institutes keinen besonderen Werth legen. (Hört, hört!) Ob Schaffung einer Professur für Thiermedizin angängig ist, ist eine noch offene Frage. Auch würde man schwerlich in Kiel damit den Anfang machen.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Zuschuß zu der Universität in Bonn" wünscht

Abg. Böttinger (natl.)

die Errichtung eines Lehrstuhls für Nahrungsmittelchemie und technische Chemie in Bonn.

Abg. Dr. Friedberg (natl.)

bezweifelt, daß Bonn der geeignetste Ort ist. In Halle sei das Bedürfniß größer.

Ministerialdirektor Althoff:

Bei der Errichtung eines Lehrstuhls für technische Chemie kommen weder Bonn noch Halle in Frage, sondern Breslau.

Die Erörterung wird geschlossen und der Titel bewilligt.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag, 11 Uhr. Fortsetzung des Kultusetats.

Schluß 4½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

54. Sitzung vom 11. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Graf Posadowsky, v. Bülow, v. Buchka und Kommissare.

Auf dem Tisch des Hauses sind Karten, Bilder und Erzeugnisse der Schutzgebiete ausgelegt.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung.

Die zweite Lesung des Etats wird bei den „Fortdauernden Ausgaben" des Schutzgebietes Togo fortgesetzt. Ohne Erörterung wird dieser Etat erledigt.

Es folgt der Etat für Südwestafrika. Zu den „Ordentlichen Ausgaben" Kapitel 1 „Civilverwaltung" bringt

Abg. Bebel (soz.):

die Angelegenheit des Dr. Esser zur Sprache. Es wäre doch ein starkes Stück, wenn die Angaben des Dr. Wagener sich bewahrheiten, daß es diesem Mann gelungen ist, sich in die höchsten Kreise einzudrängen. Es heißt, Freiherr v. Mirbach habe ihn protegirt, weil er ihm einige Beiträge zu Kirchenbauten spendirt habe.

Kolonialdirektor v. Buchka:

Die Kolonialverwaltung hat zu Herrn Dr. Esser gar keine Beziehungen. (Hört, hört!) Er ist Privatmann, der in Kamerun an einigen Plantagen betheiligt ist. Aus diesem Grunde hatte ich keinerlei Veranlassung, mich um die Angriffe, die in der Presse gegen ihn aufgetaucht sind, zu kümmern. Wenn von Herrn Bebel die Thatsache hervorgehoben worden ist, daß Dr. Esser mit einem hohen Orden von Seiner Majestät dem Kaiser ausgezeichnet sei, so bin ich nicht in der Lage, hierauf eingehen zu können; die Verleihung von Orden ist die ausschließliche Prärogative Seiner Majestät, und ich bin nicht in der Lage, hierauf etwas zu erwiedern. Was ich über die Anschuldigungen gegen Dr. Esser weiß, weiß ich nur aus den Zeitungen. Ebenso ist mir auf außeramtlichem Wege bekannt geworden, daß auf Grund der Differenzen bei Dr. Esser mit Dr. Wagener seitens der Militärbehörde eine ehrengerichtliche Untersuchung eingeleitet sei; über den Stand der Untersuchung bin ich nicht in der Lage, Auskunft zu geben. Die positive Thatsache, die ich mittheilen kann, ist, daß irgend welche Beziehung zwischen Dr. Esser und dem Oberhofmeister der Kaiserin Freiherrn v. Mirbach nicht besteht.

Abg. Bebel:

Dann konstatire ich, daß die Vorgeschichte dieses Falles wohl richtig ist. So viel ich weiß, ist gegen Dr. Max Esser ein ehrengerichtl-